

15.05.2018

Niederschrift über die Senatssitzung

(I.1)

Herr Senator Grote trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2018/1175, betreffend

Änderung der Verwaltungsvereinbarung zum
Glücksspielstaatsvertrag,

vor.

Der Senat stimmt der mit der Drucksache vorgelegten „Verwaltungsvereinbarung Glücksspielstaatsvertrag (VwVGlüStV)“ zu und ermächtigt den Präsidenten des Senats, die Verwaltungsvereinbarung zu unterzeichnen.

Gr. Verteiler



Für die Richtigkeit

Cornelia Schmidt-Hoffmann

TOP I. 1

Berichterstattung:
Senator Grote
Staatsrat Krösser

Vorblatt zur
Senatsdrucksache
Nr. 2018/01175
vom: 02.05.2018

Änderung der Verwaltungsvereinbarung zum Glücksspielstaatsvertrag

A. Zielsetzung:

Mit der Änderung der Verwaltungsvereinbarung zum Glücksspielstaatsvertrag soll die Zusammenarbeit der für die Glücksspielaufsicht federführenden Ressorts der Länder in den länderübergreifenden Bereichen weiterhin gewährleistet werden.

Die Funktionsfähigkeit des unabhängigen Fachbeirats, des Sportbeirats und des Glücksspielkollegiums sollen weiterhin sichergestellt werden.

B. Lösung:

Ermächtigung des Präsidenten des Senats, die beigelegte Verwaltungsvereinbarung zu unterzeichnen.

C. Auswirkungen auf den Haushalt:

Die Verwaltungsvereinbarung sieht die Umlage für die zusätzlichen Kosten vor, die mit dem Vorsitz des Glücksspielkollegiums verbunden sind. Der auf Hamburg entfallende Anteil beträgt rund 3 Tsd. Euro. Die Ermächtigung steht in der Produktgruppe 272.01 zur Verfügung.

D. Auswirkungen auf die Vermögenslage:

Entstehende zusätzliche Aufwendungen in Höhe von rund 3 Tsd. Euro für die Tätigkeit des Fachbeirats, des Sportbeirats, des Glücksspielkollegiums und der Gemeinsamen Geschäftsstelle mindern - über die Ergebnisrechnung - das Eigenkapital der FHH.

E. Sonstige finanzielle Auswirkungen:

Keine.

F. Auswirkungen auf:

- Familienpolitik
- Klimaschutz
- Inklusion
- Bürokratieabbau
- Gleichstellung

G. Alternativen:

Keine.

H. Anlagen:

- Verwaltungsvereinbarung